Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens), an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Erdmann Hindorf Nachf., 10 Sachsen-Allee 10
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Arminia Lebensversi.-Bank **München** schließt auch ab: **Aussteuer-Versicherungen** mit Auszahlung des Kapitals am Hochzeitstage der Tochter. Auch bei vorzeitigem Tode des Versorgers bleibt die Versicherung ohne weitere Prämienzahlung in Kraft.
Garantiemittel ca. 31 Millionen Mark. Versich.-Bestand ca. 125 Millionen Mark.
Verw.-Bureau in Dresden: Johann Georgen-Allee 33 (eig. Haus).

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Anagel. E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I. 3844. C. Böhme, Bürstenmacher, Dresden-A.

Wiesbaden **Hotel Nassauerhof.** Hochvornehm neueingerichtet mit grossem Badhaus, Zufluss aus der Wiesbadener Thermalquelle, beste Lage am Kurhaus, Königl. Theater und direkt am Kurpark. — Durchschliessend **Hotel Cecilie** und Badhaus, das neueste Hotel der Stadt, Zimmer mit Verpflegung von 10 Mark an.

Geradehalter für Herren, Damen und Kinder, **leicht, bequem** und äusserst **wirksam,** bei Herren und Knaben die Hosenträger ersetzend, zum Preise von **3—6 Mk.** stets vorrätig beim Verfertiger **Bandagist** und **Orthopäd** **M. H. Wendschuch sen.,** nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 212. Spiegel: Reichstagsaufgaben. Centralverb. d. Kaufleute, Schutzverb. gegen Streikschäden, Zeugmeistereibahn. Goldene Worte. Rußland. Informierung des Kaisers. | Mutmaßl. Witterung: Warm, Gewitterneigung. | **Sonnabend, 4. August 1906.**

Die nächsten Arbeiten des Reichstages.

Am 28. Mai ist der Reichstag nicht geschlossen, sondern vertagt worden, vertagt nach einem Sitzungsabschnitte, den das Maß der geleisteten Arbeit, die Tragweite der beschlossenen Gesetzgebungswerke den fruchtbarsten und bedeutungsvollsten Tagungen der deutschen Volksvertretung an die Seite, wenn nicht voranstellten. Es genügt, an den Abschluß der Reichsfinanzreform und die Verabschiedung der Militärpensionsgesetze zu erinnern, um das Urteil zu rechtfertigen, daß der hinter uns liegende Tagungsabschnitt den beiden unentbehrlichsten Stützen unserer nationalen Stellung, den Finanzen und der Wehrkraft des Reiches, neue Festigkeit und erhöhte Leistungsfähigkeit gebracht hat. Dieser Tatsachen muß sich bewußt bleiben, wer angesichts der überreichen Zahl unerledigter oder mißglückter Vorlagen, die am Schlusse der Verhandlungen vorhanden waren, zu einem gerechten Urteil über den letzten Sessionsabschnitt, der fraglos den Höhepunkt der ganzen Legislaturperiode bedeutet, gelangen will. Und nach den Erfahrungen bei der Bewältigung der überaus großen Schwierigkeiten, die sich der verantwortlichen Uebernahme einer neuen Steuerlast von bis dahin nicht gekannter Größe entgegenstellten, darf man das weitere Vertrauen hegen, daß auch die Widerstände und Meinungsverschiedenheiten überwunden werden, die aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Aufarbeitung der der laufenden Session noch verbliebenen Reste zu tage treten werden.

Einen vom vaterländischen Standpunkte nicht gerade erfreulichen Vorgeschmack dieser Meinungsverschiedenheiten haben die letzten Maitage geliefert, in denen Regierungsforderungen, welche die drei wichtigsten Gebiete unserer Kolonialpolitik, Verwaltung, Finanzlage und Verkehrsverhältnisse, betrafen, zur Verhandlung standen. Alle diese Forderungen wurden in einer Weise beantwortet, die ihre Wiederholung notwendig macht. Wie sie durch die Behandlung, die sie erfahren haben, durch die Aeußerungen der Gegner, die sie entfesselt haben, die Erinnerung an die bedauerlichsten Erscheinungen unseres parlamentarischen Lebens wachrufen und die Reihe der nicht zu stande gekommenen Vorlagen unrühmlich eröffnen, so werden sie auch in dem neuen Programm des Reichstages die erste Stelle einnehmen, und zwar nicht bloß nach Maßgabe der Verhandlungsdauer oder der finanziellen Bedeutung der betreffenden Vorlagen. Denn die Entscheidungen über die im neuen Etat zu fordernde Errichtung eines Reichs-Kolonialamtes, über die Fortführung des Bahnbaues im Süden von Südwestafrika, der den kostspieligen Baiweg entbehrlich machen soll, über die Nachtragsforderungen auf Grund der Kriegsereignisse und über neue Aufwendungen, die für Siedelungs- und Sicherungszwecke erforderlich werden, alle diese Entscheidungen werden zugleich die grundsätzliche Stellung des Reichstages zu der Kolonialverwaltung und der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches darlegen müssen, und sie werden hoffentlich so fallen, daß die namentlich in England mit durchsichtigen Hintergedanken und hämischer Absicht geäußerte Ansicht, als könne Deutschland jemals an eine Aufgabe seines Kolonialbesitzes denken, dann für immer verschwindet. In gerechter Würdigung dieser Sachlage, in richtiger Einschätzung der bevorstehenden Entscheidungen und der Rolle, die dabei das Zentrum zu spielen berufen sein wird, sind die kolonialen Vorlagen unbedingt als das Hauptstück des nächsten Tagungsabschnittes anzusprechen. Dabei bleibt nur zu hoffen, daß die unliebsamen Vorkommnisse, die in der bisherigen Verwaltung der Kolonien aufgedeckt worden sind und u. a. zu der Verhaftung des Majors Fischer geführt haben, nicht vom Zentrum zum Vorwande einer kolonialfeindlichen Haltung genommen werden. Derartige Uebelstände müssen selbstverständlich, wo sie ans Licht kommen, eine „Auskehr mit eisernem Besen" zur Folge haben, wie sie ja auch augenscheinlich an leitender Stelle unerbittlich beabsichtigt wird. Je energischer dagegen vorgegangen wird, desto wirksamer wird sich die Regierung gegen eine tendenziöse Ausbeutung der Unregelmäßigkeiten zu agitatorischen Zwecken wehren können.

Vorlagen, die sich mit den vorerwähnten an politischer Bedeutung vergleichen können, werden den Reichstag in seinen nächsten Verhandlungen nicht beschäftigen. Dagegen erwarten ihn aus dem Bereiche der Finanz- und Volkswirtschaft zwei Vorlagen, die in der Thronrede angekündigt waren, bisher aber hinter größeren und dringenderen Aufgaben zurückgestellt werden mußten: die Novelle zum Börsengesetz und der Gesetzentwurf über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Beide Vorlagen haben bereits die Zustimmung des Bundesrats gefunden, können also bei Wiederaufnahme der Sitzungen verhandlungsbereit vorliegen. Was über den Inhalt der letzteren Vorlage bisher in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ist mindestens apokryph oder hat den Wunsch zum Vater des Gedankens. Eine amtliche Bekanntgabe ist trotz wiederholten Drängens sowohl aus den Kreisen der Arbeitgeber wie aus denen der Arbeitnehmer bisher nicht erfolgt. Auch an authentischen Mitteilungen über den Inhalt des Entwurfs fehlt es vollständig. Es bleibt also nur übrig, dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß durch ihn ein Gesetz geschaffen wird, das dem Frieden unseres Wirtschaftslebens dient, ohne daß dieser Friede etwa auf Kosten der staatlichen Autorität und unter Hintansetzung berechtigter Interessen erkauft wird, wie sie Deutschlands Industrie und Handel aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus und wegen ihrer Stellung im internationalen Wettbewerbe geltend machen müssen.

Wie diese beiden Vorlagen auch von sozialpolitischen Rücksichten getragen und durchsetzt sind, wird der Sozialpolitik überhaupt im nächsten Tagungsabschnitte wieder mehr Beachtung geschenkt. Es handelt sich dabei vornehmlich um das Arbeiterversicherungsgebiet. Zwar wird, da die äußerst umfangreichen Vorarbeiten noch weit im Rückstande sind, noch nicht daran zu denken sein, die vom Grafen Posadowsky im Reichstage wiederholt als notwendig bezeichnete Vereinheitlichung der verschiedenen Organisationen der Arbeiterversicherung gesetzgeberisch in Angriff zu nehmen. Auch mit dem Entwurf eines Arbeiter-Witwen- und -Waisenversicherungsgesetzes, dessen Einbringung durch das Zolltarifgesetz von 1902 für spätestens 1910 vorgeschrieben ist, wird noch nicht gerechnet werden können, solange sich noch nicht übersehen läßt, wie die finanziellen Wirkungen eines solchen Gesetzes beschaffen sein werden und welche Mehreinnahmen aus den Zöllen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse für diese Zwecke gegebenenfalls zur Verfügung stehen werden. Voraussichtlich wird dieses große und ungemein schwierige sozialpolitische Werk im Zusammenhange mit der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung erst auf dem Programm des neuen, im Jahre 1908 zu wählenden Reichstages erscheinen, dem alsdann noch genügend Zeit bleibt, den im Zolltarifgesetz für die Einführung der Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung bezeichneten Termin festzuhalten. Dagegen läßt sich als sicher annehmen, daß eine Reform der Krankenversicherung — auf diesem Gebiete bestehen ja die unerträglichsten Mißstände — noch in dieser Session versucht werden wird. Das Krankenversicherungsgesetz hat zwar bereits mehrere Entwicklungsstadien durchlaufen, aber in allen diesen Wandlungen hat sich der Uebelstand nicht beseitigen lassen, daß das Gesetz in gewisser Beziehung seinen eigentlichen Zweck nicht erfüllt, dagegen die vom Gesetzgeber selbstverständlich nicht gewollte und mit dem Charakter des Gesetzes nicht im mindesten verträgliche Möglichkeit einer weitgehenden und wirksamen Betätigung sozialdemokratisch-politischer Absichten und Interessen bietet. Inzwischen sind indessen, besonders aus Aerztekreisen, die Beschwerden über gewisse Erscheinungen im Krankenversicherungswesen an Zahl und Schärfe so gewachsen, daß eine neue Novelle zum Krankenversicherungsgesetz nur einem dringenden, nicht länger zu beschwichtigenden Verlangen Genüge leisten würde. Aus ihrer Fassung, aus der Art ihrer Behandlung und endgültigen Gestaltung wird man gewisse Anzeichen entnehmen dürfen für die nachfolgende Lösung der beiden vorgenannten großen sozialpolitischen Probleme. Somit ist es auch auf sozialpolitischem Gebiete weniger der gerade in Erörterung stehende Gegenstand als vielmehr die Entscheidung und Stellungnahme, die er dem Reichstage auferlegt, was die Bedeutung des nächsten Tagungsabschnittes ausmacht.

Gleichfalls in das sozialpolitische Fach schlägt eine in Vorbereitung befindliche Denkschrift über die Verhältnisse der Privatangestellten, an deren Hand der Reichstag sich eine auf authentischem Material fußende Meinung bilden kann über die Frage, ob eine Einbeziehung der Privatbeamten in die Invaliditätsversicherung möglich und empfehlenswert erscheint. Die Regierung hat sich dahin erklärt, daß eine Erweiterung des Kreises der gegen Alter und Invalidität Versicherten durch solche Versicherungsnehmer, die, wie die bisher von dem Gesetze erfaßten Personen, gleichfalls Angestellte sind, sehr wohl angängig sei, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse der Privatangestellten — darüber soll die schwebende Erhebung Klarheit schaffen — einen solchen Anspruch rechtfertigen. Macht sich der Reichstag die Auffassung des Reichsamtes des Innern zu eigen, so wäre die Unterlage gewonnen, auf der sich, vielleicht bei der großen Reform der Versicherungsgesetzgebung, eine den Kreis der Versicherten wesentlich erweiternde Ausgestaltung des Invalidenversicherungsgesetzes vollziehen kann.

Auf dem Gebiete der Handelspolitik stehen in Aussicht Erörterungen über die mit Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika abzuschließenden Handelsverträge, von denen der deutsch-spanische Vertrag, der das am 31. Dezember dieses Jahres ablaufende Provisorium ablösen soll, mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden darf, nachdem der spanische Finanzminister kürzlich erklärt hat, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland einen normalen Verlauf nehmen. Weit weniger günstig liegen andererseits die Verhältnisse bezüglich eines deutsch-amerikanischen Zollvertrages; hier wird, da das vom Reichstag beschlossene Provisorium am 1. Juni 1907 außer Kraft tritt, spätestens in dem Tagungsabschnitt zwischen Ostern und Pfingsten die Entscheidung fallen müssen.

Neueste Drahtmeldungen vom 3. August.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Sebastopol ist in vollem Aufruhr. Vier Kriegsschiffe und zwei Torpedoboote, die aus Rangoe kamen, befinden sich in voller Meuterei.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Hier ist das sich längs der Newa hinziehende Viertel Wassili-Ostrow von Aufständischen zerstört worden. Große Abteilungen Infanterie und Artillerie sind längs der Kais aufgestellt. Man befürchtet die Ankunft meuternder Schiffe

Paris. (Priv.-Tel.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, gab es in Kronstadt viele Tote und Verwundete. Auf der Jagd nach den Aufrührern haben fürchterliche Exekutionen stattgefunden, da der strenge Befehl aus Petersburg ergangen ist, alle Aufständischen zu töten. (?)

London. (Priv.-Tel.) Die „Daily Mail" meldet aus Petersburg, daß gestern eine Meuterei der Garnison in Reval stattgefunden hat. Zwischen den meuternden und den loyalen Regierungstruppen kam es zu blutigen Kämpfen. Die revolutionäre Partei ging in Einverständnis mit den Meuterern vor und veranstaltete einen regelrechten Aufstand. 160 Sozialisten, welche an diesen Kämpfen teilnahmen, wurden in eine Falle gelockt und von Regierungstruppen niedergeschossen. Schließlich wurden Meuterer und Revolutionäre von den Regierungstruppen auseinandergejagt. Jetzt herrscht wieder Ruhe in Reval.

London. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des „Daily Chronicle" aus Petersburg soll der Ministerpräsident Stolypin in Konflikt mit der mächtigen Hofpartei geraten sein. Der Ministerpräsident befürwortete eine durchgreifende Reform der russischen Beamtenschaft; dieser Vorschlag erregte aber den Mißfallen der Hofpartei und besonders des Generals Trepow.

Unwetternachrichten.

London. (Priv.-Tel.) Gestern abend wütete ein orkanartiger Sturm in allen Teilen von England. In vielen Städten wurden die Straßen in reißende Ströme verwandelt. Eisenbahnzüge konnten nicht verkehren und ungeheurer Schaden wurde überall angerichtet. Ein militärisches Lager bei Seaford wurde fast vollständig vernichtet. Viele Personen wurden vom Blitz getötet.

Berlin. Der „Reichsanz." veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den bisherigen Chef des Marinekabinetts Admirals v. Senden-Bibran, ferner einen Beschluß des Bundesrates vom 16. Juni, betr. die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Deutsch-Ostafrikanische Kautschuk-Gesellschaft in Berlin, sowie die Satzungen dieser Gesellschaft.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Tschirschky u. Bögendorff, ist von Norderney hierher zurückgekehrt.

Berlin. Die Abendblätter veröffentlichen eine Erklärung des Herrn v. Tippelskirch, Geschäftsführer und Inhaber der Firma Tippelskirch u. Comp., in der im Gegensatze zu den Gerüchten, die Firma habe dem Vorstande des Bekleidungsamtes bei der Kolonialverwaltung, Major Fischer, Darlehen gegeben, deren Höhe etwa 100 000 Mark beträgt, festgestellt wird, daß die Firma dem Major niemals Darlehen gegeben und auch niemals Geldzuwendungen in irgend welcher Form gemacht habe. Vor etwa 7 Jahren habe der Unterzeichnete persönlich, sowie mehrere andere Freunde des damaligen Hauptmanns Fischer diesem mit einem Darlehen von 5000 Mark aus der schwierigen Lage, in die er unverschuldet geraten war, herausgeholfen. Jeder Hintergedanke sei ausgeschlossen gewesen, ebenso bei dem Darlehen von 2000 Mark, das er dem Major Fischer einige Jahre später gegeben habe. Ferner erklärt v. Tippelskirch gegenüber der Behauptung, infolge der finanziellen Abhängigkeit Fischers von der Firma habe dieser der Firma das Lieferungsmonopol für die großen Ausrüstungen der Schutztruppe zugewendet, wodurch der Firma ungebührlich hohe Gewinne und dem Reiche Schaden erwachsen sei, der Lieferungsvertrag sei mit der Leitung der Kolonialverwaltung abgeschlossen worden, und die Bedingungen seien jedesmal das Ergebnis sehr genauer Prüfungen und Kalkulationen gewesen, wobei unparteiische Korporationen mitgewirkt hätten.

Greifswald. Bei herrlichem Wetter begann heute morgen die Feier des 450jährigen Jubiläums der Universität mit einem Festzug. Die Ankunft des mit der Vertretung des Kaisers beauftragten Prinzen August Wilhelm von Preußen erfolgte um 10¾ Uhr. Nach der Begrüßung am Bahnhofe durch den Bürgermeister Schlüter schritt der Prinz die Front der spalierbildenden Militärvereine ab und fuhr darnach durch die reichgeschmückten Straßen nach der Nikolauskirche. Hier fand nach dem Empfang des Universitätsrektors Geh. Medizinalrats Professors Dr. Bonne im Beisein des Kultusministers Dr. v. Studt ein Festakt statt, bei dem Konsistorialrat Professor Dr. Oebtli die Festrede hielt. Der Prinz verlas eine kaiserliche Botschaft, die die allerhöchsten Glückwünsche aussprach. Es folgte die Ueberreichung von Adressen und Stiftungen und die Verkündigung von 37 Ehrenpromotionen. Nach einer weiteren Ansprache schloß der Festakt gegen 2 Uhr. Dann fand bei der Universität auf dem Rubenow-Platze eine Huldigung der Studenten vor dem Prinzen August Wilhelm statt. Hieran schloß sich ein Festmahl im Hotel „Preußischer Hof" an, dem außer dem Prinzen die geladenen Ehrengäste und die Dozenten beiwohnten.

München. Kammer der Abgeordneten. Bei der Beratung des Eisenbahnetats erklärte der Verkehrsminister

Pramanns Erbswurst Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 15.